



11. November 2013

Bürgerinitiative „*pro Kanallandschaft Kleinmachnower Schleuse*“
Projektgruppe im Förderverein Landschaftsschutzgebiet Buschgraben / Bäketal e.V.

BUND Brandenburg

Kein weiterer Schleusenausbau in Kleinmachnow

Aus aktuellem Anlass des heutigen Gesprächs zwischen Verkehrsminister Ramsauer mit der Ausbauintiative zur Privatisierung der Kleinmachnower Schleuse sprechen sich die Bürgerinitiative „pro Kanallandschaft Kleinmachnower Schleuse“ und der BUND gegen jegliche weiteren Ausbaupläne für die Kleinmachnower Schleuse aus. Der Beschluss des Bundesverkehrsministers vom November 2010, auf einen weiteren Ausbau der Nordkammer zu verzichten und eine Sanierung der Schleuse vorzusehen, wird aus Aspekten des Naturschutzes und der ökonomischen Vernunft vollkommen unterstützt.

Völlig unverständlich sind unserer BI die Absichten der Ausbaulobby, die Schleuse auf 130m Länge vergrößern zu wollen. Hierzu liegt unserer BI noch kein konkreter Planungsentwurf einer 130m-Schleuse vor. Wir befürchten jedoch massive Eingriffe in die Uferlandschaft beim Bau der größeren Schleusenkammer und lehnen das Vorhaben aus Gründen des Naturschutzes strikt ab.

Zudem ist der Ausbau aus ökonomischen Gründen abzulehnen. Die auf dem Teltowkanal zugelassenen Schubverbände können die Kleinmachnower Schleuse aufgrund zweier parallel nutzbarer Schleusenkammern derzeit bereits mit einem Zeitvorteil gegenüber größeren Schleusen mit nur einer Kammer nutzen. Dabei ist die Kleinmachnower Schleuse zu nicht einmal 20% ausgelastet und könnte mehr als eine Verfünffachung des derzeitigen Transportaufkommens verkraften.

Dr. Ursula Theiler: „Unser Eindruck ist vielmehr, dass an der Kleinmachnower Schleuse mit einer 130m-Schleuse Tatsachen für einen weiteren Ausbau des Teltowkanals von der derzeitigen Wasserstraßenklasse (WSK) IV auf die nächst höhere WSK V für Großmotorschiffe geschaffen werden sollen. Schubverbände mit einer Länge von max. 125m dürfen den Teltowkanal derzeit nur mit einer Sondergenehmigung befahren, diese wurde in den letzten Jahren nicht mehr erteilt.“

Winfried Lücking Leiter Gewässerpolitik BUND, appelliert an die Vertreter der Ausbaulobby, dass es darum gehen muss, die Schiffe und Logistikkonzepte an die bestehenden Wasserwege anzupassen, anstatt permanent kostenintensive, ökonomisch nicht zu rechtfertigende und naturschädigende weitere Ausbauten zu fordern. Gegen den 130m-Schleusenausbau aus privater Hand sprechen nach unserem Kenntnisstand zudem erhebliche rechtliche Bedenken. Nicht klar ist bei dem Konzept weiterhin, wie der Unterhalt und die Funktionsfähigkeit der privatisierten Schleuse langfristig gesichert werden soll.

Ansprechpartner:

der Bürgerinitiative: Dr. Ursula Theiler 0170 3113101

Leiter Gewässerpolitik BUND: Winfried Lücking 0160 8293414